

„Wir alle haben Grund, die Fäuste zu ballen.“

Eine etwas andere Rede zum 1. Mai 2026 in Weinheim

NICOLE MAYER-AHUJA*

Eine geballte Faust auf den Plakaten des DGB für den Ersten Mai! Das hat man lange nicht gesehen – aber es wurde ja auch höchste Zeit. Mal ehrlich, wer von uns hat keine geballte Faust in der Tasche angesichts der Entwicklungen, die wir zurzeit erleben: im Betrieb, in der Gesellschaft, in der Politik?

Die Zeiten werden härter, Konflikte spitzen sich zu – und wenn wir nicht länger wie die Kaninchen vor der Schlange sitzen wollen, wenn wir nicht länger alles mit uns machen lassen wollen, müssen wir uns endlich wehren. Mehr noch: Wir müssen in die Offensive kommen, müssen unsere Interessen mit Nachdruck vertreten! Also die Fäuste ballen, gerade auch als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen – recht so!

„Erst unsere Jobs – dann eure Profite!“

Das ist das Motto für unsere Kundgebung heute. Klingt doch erstmal sehr vernünftig. Trotzdem gibt es sieben Punkte, die mich zum Nachdenken bringen, was daran vielleicht doch nicht so ganz stimmt.

Erstens: Unsere Jobs müssen vorgehen – aber meistens sieht die Sache anders aus. Erinnert Ihr Euch noch an den Schreck, als Volkswagen Ende 2024 gleich mehrere Vereinbarungen mit der Belegschaft einseitig und ohne Vorwarnung gekündigt hat? Erst war von 35.000 Arbeitsplätzen die Rede, inzwischen sind es 50.000 Arbeitsplätze, die in Deutschland abgebaut werden sollen – und warum? Weil die Eigentümer von Volkswagen finden, dass ein Gewinn von 6,5 Prozent nicht reicht, dass ihre Profite noch deutlich höher sein müssten. Das ist der Grund, warum Zehntausende Beschäftigte um ihre Arbeit gebracht werden – dafür werden Lebensplanungen und Träume zerschlagen; dafür wird Eltern klargemacht, dass sie ihre Kinder wohl nicht bei VW oder auch beim Daimler unterbringen können. Dafür werden Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben und mit immer neuen Sanktionen der Jobcenter traktiert. Ja, unsere Jobs müssen vorgehen – sie dürfen nicht geopfert werden, weil andere damit immer noch nicht genug „verdienen“!

*

Zweites Problem: Wie ist das eigentlich: Sind uns wirklich alle Jobs recht? Momentan machen vor allem Rüstungsfirmen spektakuläre Profite. Immer öfter bieten sie an, sie könnten



Nicole Mayer-Ahuja in Weinheim, 1. Mai 2026.

Automobilfirmen oder ihre Zulieferer übernehmen: Ist das okay, solange sie nur Arbeitsplätze sichern? Teilweise hört man ja aus der Gewerkschaft, da fände doch letztlich eine „Transformation von guter Arbeit in gute Arbeit“ statt, weil es bei Rheinmetall ja immerhin einen Tarifvertrag gibt. Aber ist das in unserem Interesse? Ich verstehe vollkommen, dass Kolleginnen und Kollegen, die jetzt vor der Alternative stehen, gar keinen Job mehr zu haben, oder eben statt Autos künftig Panzer und Drohnen zu bauen, ernsthaft in die Bredouille kommen. Ist doch klar – wir alle sind Lohnabhängige, wir al-

le müssen unsere Arbeitskraft verkaufen, um unseren Wocheneinkauf und die Miete zu bezahlen – und deshalb haben wir alle ein Riesenproblem, wenn wir unsere Jobs verlieren. Aber genauso richtig ist: Für uns als Lohnabhängige, als abhängig Beschäftigte, ist die Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine Katastrophe! Wir Arbeitende haben dabei nichts, absolut gar nichts zu gewinnen!

- Milliarden für Rüstung heißt: Nicht genug Geld für Kindergärten und Schulen, für Hochschulen und Krankenhäuser, für Pflegeheime und öffentlichen Personenverkehr.
- Rüstungsproduktion heißt: eingeschränktes Streikrecht.
- Militarisierung der Gesellschaft einschließlich Wehrpflicht für unsere Jugend heißt: Befehl, Gehorsam, Drill statt demokratischer Entscheidungsprozesse.
- Und Krieg? Krieg heißt, wie Rosa Luxemburg 1916 völlig zu recht geschrieben hat: „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“. Denn die Aktienkurse der Rüstungsfirmen gehen durch die Decken, während wir, die arbeitenden Menschen an den Fronten sterben – und zwar auf allen Seiten!

Genau deshalb haben die Einpeitscher der Agenda 2010 eben nicht recht mit ihrer Behauptung, jeder Job wäre besser als keiner. Es gibt Jobs, die sollte es nicht geben, weil sie unsere Gesellschaft vergiften und uns, wenn es hart auf hart kommt, das Leben kosten. Wir brauchen nützliche Jobs, die uns Menschen und der Umwelt nutzen! Darum nein zu Krieg und Aufrüstung – und hoch die internationale Solidarität!

*

Das steht aber nicht auf unseren Mai-Plakaten. Dort steht: „Erst unsere Jobs – dann eure Profite“. Ich glaube, mit der Losung gibt es noch ein **drittes Problem**. Wie ist das denn eigentlich mit dem Zusammenhang zwischen Jobs und Profiten? Oder anders formuliert: Sind unsere Jobs ein Kostenfaktor, der die Profite von Unternehmen bedroht? Da müssten wir dann doch ein paar Dinge geraderücken. Denn woher kommen diese Profite, wer erarbeitet sie jeden Tag – in Fabriken, in Büros, in Kliniken, in Logistikzentren, im Supermarkt und in vielen anderen Betrieben? Das sind doch wir! Unsere Arbeit ist doch die Grundlage dafür, dass die Unternehmen, für die wir arbeiten, überhaupt Gewinne machen können.

Und wenn das stimmt, ist es dann richtig zu sagen: Gebt uns doch bitte Jobs, dann könnt Ihr auch beliebig Profite machen? Oder müssen wir nicht vielmehr darüber nachdenken, welche Gewinnerwartungen, welche Profite überhaupt gerechtfertigt sind? Alle reden über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Vorgestern hat die Regierung verkündet, wie sie sich die „Reform“ der Krankenversicherung vorstellt: Leistungskürzungen, höhere Zuzahlungen für uns – aber kein Wort über die astronomischen Profite der Pharmaindustrie. Und was ist mit den Profiten von Mineralölkonzernen, für die wir derzeit an den Tankstellen so teuer bezahlen? Müssen wir die akzeptieren – oder ist das doch ein Fall für das Kartellamt, weil hier offensichtlich Preisabsprachen getroffen werden? Ist es nicht höchste Zeit für eine Übergewinnsteuer? Den Vorschlag hat Lars Klingbeil gemacht, dann ist die Sache stillschweigend im Sande verlaufen. Nicht durchsetzbar, heißt es – und warum nicht? Weil niemand sich mit den Unternehmen anlegen will.

Weil „Angebotspolitik“ seit Jahrzehnten als Ausdruck von gesundem Menschenverstand gilt. „Angebotspolitik“ – dahinter steht die Annahme, dass man Unternehmen am besten gar nicht besteuert, dass man ihnen goldene Brücken bauen muss, damit sie im Land bleiben und Arbeitsplätze schaffen. Aber hat das eigentlich funktioniert? Bekommen wir für diese Leistung irgendeine Gegenleistung? Können wir uns darauf verlassen, dass unsere Jobs sicher sind, wenn wir nur akzeptieren, dass Unternehmen Rekordgewinne einfahren? Die Erfahrungen, die Fakten sprechen dagegen. Es stimmt nicht, dass Unternehmen mehr investieren, wenn sie nur genug Gewinn machen. Tatsache ist: Seit fast fünf Jahrzehnten werden sie systematisch von der Politik entlastet – und seit drei Jahrzehnten sinkt der Anteil der Investitionen!

Wir brauchen eine andere Politik, weil die bisherige nicht funktioniert! Unternehmen, Reiche müssen endlich wieder ihren Teil zur Finanzierung von Staat und Gesellschaft beitragen. Es gibt eine Vermögenssteuer in Deutschland – sie wird nur seit 1997 nicht mehr erhoben. Das können wir uns nicht mehr leisten! Und dann gibt es Bereiche, mit denen Unternehmen überhaupt keine Profite machen sollten: Schlüsselindustrien zum Beispiel. Aber wer redet noch über ihre Verstaatlichung? Wer setzt ein angemessenes Gesundheitswesen durch, das Kranke gesund macht und das Pflegekräfte nicht länger krank macht? Das sollte auf unseren Plakaten stehen: Übergewinnsteuer, Vermögenssteuer – jetzt! Schluss mit der Privatisierung von Unternehmen, die wir, die gerade Lohnabhängige brauchen, um in diesem Land gut leben zu können – stattdessen: staatlichen Einfluss, demokratische Kontrolle ausweiten, denn Gesundheit, Bildung, Verkehr sind keine Ware!

*

Nicht jeder Job ist besser als keiner, habe ich gerade gesagt. Und wenn wir uns anschauen, wie sich die Arbeitswelt verändert hat, dann kommen wir kaum an der Erkenntnis vorbei, dass viele Jobs deutlich schlechter geworden sind – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil viele Unternehmen vor allem darauf setzen, Profite zu machen – und weil staatliche Politik ihnen dabei zur Hand geht. „Erst unsere Jobs“, steht auf dem Plakat. Der Begriff ist mein **viertes Problem** mit dem Motto. Was wir wollen, sind doch keine „Jobs“ – kein Tagelohn, keine spontanen Arbeitseinsätze hier und da. Was wir wollen und brauchen, sind dauerhafte Arbeitsplätze, von denen man leben kann. Früher hieß das mal „Normalarbeitsverhältnis“ – doch seit Mitte der 1980er Jahre lädt die Politik Unternehmen ein, andere Beschäftigungsverhältnisse zu nutzen, die weit hinter diesen Standards zurückbleiben: Der Startschuss war das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985. Damit wurden die rechtlichen Spielräume für Befristungen und Leiharbeit erweitert. Seitdem werden auch die Verdienstgrenzen für „Minijobs“ immer weiter erhöht – immer mehr Beschäftigte (vor allem Frauen) verlieren dadurch den Zugang zur Sozialversicherung. Zugleich machen die Arbeitsagenturen Druck auf Arbeitslose, solche Stellen anzunehmen oder sich womöglich am besten selbständig zu machen (auch ohne Plan, auch ohne Startkapital) – auf jeden Fall raus aus dem Bezug von Arbeitslosenunterstützung. Firmen nehmen dieses Angebot dankend an – sie halten zwar oft ih-

re Stammebelegschaften stabil, aber drumherum werden prekäre Randbelegschaften aufgebaut. Unternehmen lagern aus. Öffentliche Dienste werden privatisiert. Unter diesen Bedingungen ist der Niedriglohnsektor massiv gewachsen. Unternehmen sparen „Lohnkosten“, der Staat muss Armutslöhne subventionieren – weil Beschäftigte, die davon nicht leben können, bei der Arbeitsagentur aufstocken müssen. Geht nicht anders? Geht wohl anders! Nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 ist der Niedriglohnsektor eingebrochen. Von fast 25 auf 16 Prozent der abhängig Beschäftigten. Was lernen wir daraus: der Niedriglohnsektor ist von der Politik geschaffen worden – und er kann von der Politik auch wieder abgeschafft werden. Warum hängen dann immer noch 16 Prozent von uns dort fest? Die Antwort ist klar – weil an diesen Jobs zu viele Unternehmen viel zu gut „verdienen“!

*

Fünfter Punkt: Was wir wollen, sind nicht irgendwelche „Jobs“ – wir wollen Arbeit, bei der wir unsere Qualifikationen und Kompetenzen einbringen können, um gute Produkte herzustellen, gute Dienstleistungen zu erbringen. Wir sind die Expertinnen und Experten – wir wissen am besten, wie man unsere Arbeit machen muss, was man dafür können muss, wie viel Zeit, wie viel Personal man dafür braucht! Doch die Realität sind oft anders aus. Da, wo Produkte und Dienstleistungen möglichst billig sein sollen, konkurrieren Unternehmen vor allem über den Preis, nicht über Qualität. Und dort, wo man stolz ist auf hohe Qualitätsstandards, hat das Management oft vor allem das Wohl der Aktionäre im Blick, die möglichst hohe Ausschüttungen erwarten. Was heißt das für uns Beschäftigte? Über Betriebe, Branchen, Qualifikationsstufen hinweg machen wir die Erfahrung, dass wir „gute Arbeit“, gute Qualität, die Einhaltung unserer beruflichen, professionellen Standards gegen Unternehmen verteidigen müssen, die nicht bereit sind, dafür genug Zeit, Personal und Material zur Verfügung zu stellen. Die Folge: Kolleginnen im Reinigungsdienst hoffen jeden Abend, dass sie die Nutzer und Nutzerinnen der Gebäude nicht auf die „runden Ecken“ ansprechen, die sie notgedrungen hinterlassen, weil die Leistungsvorgaben einfach nicht zu schaffen sind. Ingenieure und Ingenieurinnen berichten, dass sie Werkstoffe zu früh freigeben müssen. Arbeiter und Arbeiterinnen auf Baustellen schämen sich für den Pfusch, den sie teilweise hinterlassen müssen. Und Pflegekräfte in Krankenhäusern machen schon lange die Erfahrung, dass es an Zeit und Leuten fehlt, um kranke Menschen angemessen zu versorgen und zu pflegen. Sie – wir alle haben Grund die Fäuste zu ballen! Manchmal passiert das tatsächlich: Die Krankenhausbewegung hat es vorge-macht – ausgerechnet Beschäftigte, von denen es immer hieß, sie würden auf keinen Fall streiken, um die eigenen Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern, weil sie sich für die Kranken aufopfern. Sie streiken aber doch – weil es nicht mehr anders geht. „Mehr von uns ist besser für alle“ – mit dieser Losung setzen Beschäftigte an immer mehr Kliniken tarifliche Standards für Personalbemessung durch, um überhaupt wieder in der Lage zu sein, Kranke angemessen zu versorgen. „Leistung muss sich wieder lohnen“ – mit dieser Forderung wird seit langem eine Politik begründet, die Reiche immer reicher und uns Ar-



Nicole Mayer-Ahuja in Mannheim, 10. März 2026.

beitende immer ärmer macht. Aber es ist ja richtig: Leistung muss sich lohnen – unser Wissen, unsere Anstrengung, unsere Ideen, unser Engagement müssen sich in angemessenen Löhnen, stabilen Beschäftigungsverhältnissen, Aufstiegsmöglichkeiten und vor allem auch in Mitsprache über unsere eigene Arbeit niederschlagen. Wir wollen „gute Arbeit“ machen – und dafür wollen wir eine angemessene Gegenleistung!

*

Und wir wollen noch mehr – das ist mein **sechster Punkt**. Keine Jobs auf Abruf, sondern Arbeitsplätze, die es uns möglich machen, Erwerbsleben und Privatleben gut miteinander zu vereinbaren. Arbeitszeit spielt dabei eine ganz zentrale Rolle. Aber die allermeisten von uns haben inzwischen Arbeitszeiten, die eben gerade nicht zum Leben passen – und die aktuellen Diskussionen lassen befürchten, dass das Problem weiter verschärft wird. „Wir müssen wieder mehr und effizienter arbeiten“, meint Bundeskanzler Friedrich Merz. Aber Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland schon jetzt im Schnitt (jajohl: im Schnitt) jede Woche fünf Stunden länger als in ihrem Vertrag steht. Insgesamt haben wir im Jahr 2024 etwa 1,2 Mrd. Überstunden geleistet – davon 638 Mio. unbezahlt. Dazu kommen noch die Überstunden, die in keiner Statistik auftauchen, weil sie im Rahmen von Vertrauensarbeitszeit überhaupt nicht aufgeschrieben werden. Also: Keine Dokumentation, keine Bezahlung, keine Kontrolle von Überstunden durch den Betriebs- oder Personalrat, und selbstverständlich keine Überstundenzuschläge. Der Europäische Gerichtshof hat 2019 entschieden, dass damit Schluss sein muss: Jede Minute Arbeitszeit muss dokumentiert und bezahlt werden. Das ist sechs Jahre her – aber in Deutschland ist diese Vorgabe immer noch nicht umgesetzt. Und was steht dazu im Koalitionsvertrag von Union und SPD? „Wir werden die Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten unbürokratisch regeln“ – heißt so viel wie: Wir werden weiter nichts unternehmen, um diesen Raubbau an menschlicher Arbeitskraft zu beenden. Ganz im Gegenteil: Künftig sollen Unternehmen sogar noch flexibler auf unsere Zeit zugreifen können. Darum geht es beim Angriff auf den Acht-Stunden-Tag, den wir gerade erleben. Die Ruhezeit von 11 Stunden zwischen zwei Arbeitstagen soll fallen – und statt einer täglichen Arbeitszeit soll eine wöchentliche Arbeitszeit festgeschrieben werden. Was soll das – wer braucht das? Na, zum Beispiel Unternehmen, die ihre Just-in-Time Pro-

duktion so weit getrieben haben, dass der Arbeitsprozess immer wieder ins Stocken kommt, weil Teile fehlen – und wenn sie da sind, muss dann aber ganz schnell aufgeholt werden, notfalls auch abends oder am Wochenende. Jedes Mal Überstunden beantragen? Eine Zumutung! Oder denken wir an Projektarbeit: Vorgesetzte sagen: Arbeitet wann und wie lang ihr wollt, solange ihr das Projekt bis zum Abgabetermin abschließt. Aber die meisten Projekte sind zu knapp kalkuliert – deshalb arbeiten Beschäftigte in der Regel zu lang und zu unmöglichen Zeiten, um es irgendwie doch noch hinzukriegen. Aus diesem Grund ist die Ruhezeit im Arbeitszeitgesetz vielen Unternehmen ein Dorn im Auge. Ein Wirtschaftswissenschaftler hat mir mal gesagt, diese Ruhezeit-Regelung würde bedeuten, dass junge Väter abends ihre Kinder nicht mehr ins Bett bringen können, weil sie sonst mit dem Arbeitszeitgesetz in Konflikt kommen, wenn sie sich abends um 21 Uhr nochmal an den Laptop setzen. Der eigentliche Skandal ist, dass diese jungen Männer und auch Frauen nach der Gute-Nacht-Geschichte keinen Feierabend machen können, weil sie sonst ihre Arbeit nicht schaffen! Unternehmen sparen an Arbeitszeit, an Personal, sie kalkulieren ihre Abläufe überhaupt nicht oder viel zu knapp, (Stichwort: „eure Profite“) – und wir zahlen dafür mit unserer Lebenskraft, mit unserer Lebenszeit. Das geht so nicht weiter! Am 1. Mai 1890 wurde in vielen Ländern zum ersten Mal der Tag der Arbeit gefeiert. Die Hauptforderung war: der Acht-Stunden-Tag. Wir haben ihn in langen Auseinandersetzungen erkämpft – und wenn demnächst das Arbeitsministerium tatsächlich beschließt, diesen Acht-Stunden-Tag in Frage zu stellen, dann müssen wir ihn verteidigen!

Aber nochmal zurück zur Forderung von Merz, wir alle müssten künftig mehr arbeiten. Wen meint der Mann eigentlich? Die Vollzeitbeschäftigten nicht – die können unmöglich noch länger arbeiten. Blieben die Teilzeitbeschäftigten, die „Minijobberinnen“, von denen es in Deutschland besonders viele gibt – das ist übrigens der Grund, warum hierzulande weniger Arbeitsstunden geleistet werden als etwa in Griechenland. Will Merz also ernsthaft sagen, dass Frauen in Teilzeit und „Minijob“ länger arbeiten sollen? Man wüsste gern, was die CSU von dieser Idee hält! Wenn Ihr mich fragt: Ich finde, Frauen haben recht, wenn sie länger arbeiten wollen, um von ihrem eigenen Verdienst leben zu können und seltener in Altersarmut zu landen. Und „Minijobs“ gehören sowieso verboten! Aber wenn Frauen wirklich länger arbeiten sollen, brauchen wir mehr und bessere staatliche Kinderbetreuung und Altenpflege – aber die will die Regierung nicht bezahlen. Gerade dort, wo vor allem mit „Minijobs“ gearbeitet wird, müsste Arbeit ganz anders organisiert werden: In Reinigungsfirmen zum Beispiel sind die Flächenvorgaben immer weiter vergrößert worden. Ein paar wenige Stunden am Tag kann man so dranklotzen, dass man das irgendwie schafft. Aber über längere Zeit wäre dieses Tempo überhaupt nicht durchzuhalten. Länger arbeiten hieße also: Mehr Personal und höhere Kosten – gerade auch für öffentliche Auftraggeber. Das passt nicht zur Schuldenbremse. Außerdem: Wenn alle noch mehr arbeiten, sich aber sonst nichts ändern soll, stellt sich die Frage: Wann sollen wir uns erholen? Wann sollen wir uns um unsere Kinder, um unsere Eltern kümmern? Wann sollen wir uns weiterbilden, wann

haben wir Zeit für Hobbies, für Freundschaften, für Politik, für die Gewerkschaft? „Arbeiten ohne Ende“ ist das Problem – nicht die Lösung! Wir brauchen etwas ganz Anderes. Aber wie könnte das aussehen?

Ich denke, wir sollten über eine „Kurze Vollzeit für alle“ nachdenken – über eine neue „Normalarbeitszeit“ von 25 oder 30 Stunden pro Woche. Was heißt das? Die Teilzeitbeschäftigten und „Minijobberinnen“ sollen mehr arbeiten können – auch wenn das Geld kostet. Viele von ihnen sagen in Umfragen, dass sie das wollen. Gleichzeitig müssten die Vollzeitbeschäftigten mit ihren exzessiven Überstunden weniger arbeiten können – und auch der Wunsch ist weit verbreitet, deshalb die vielen Diskussionen über die 4-Tage-Woche. Bei den Vollzeitbeschäftigten müssen wir also über Arbeitszeitverkürzung reden. Und da gilt wie 1984, bei den Streiks für die 35-Stunden-Woche: Arbeitszeitverkürzung muss mit Lohnausgleich einhergehen – sonst kann sich das niemand leisten. Sie muss mit Personalausgleich einhergehen – sonst müssen wir in weniger Stunden noch mehr arbeiten, die Arbeitsverdichtung würde explodieren. Und genau das interessiert mich an der „Kurzen Vollzeit“: Diese Forderung bringt ganz unterschiedliche Beschäftigte zusammen – dafür können wir die IT-ler mit 60-Stunden-Woche, die Lokführerin und den Kassierer im Supermarkt gewinnen – und dafür können wir über Gewerkschaftsgrenzen hinweg gemeinsam mobilisieren! „Kurze Vollzeit für alle“ heißt aber auch: endlich wieder über ein paar grundsätzliche Fragen reden. Was wollen wir: Existenzsichernde Arbeit für Frauen und eine bedarfsdeckende Versorgung mit öffentlichen Diensten – oder eine künstliche Strangulierung der Staatshaushalte durch die Schuldenbremse, während Milliarden in Waffen gepumpt werden? Wir wollen Aufwertung von Arbeit – nicht Aufrüstung. Und wir wollen Arbeitszeitverkürzung, gerade weil sie der Logik des Systems zuwiderläuft. Lohnausgleich bedeutet nämlich: Umverteilung von Gewinnen und Reichtum. Personalausgleich bedeutet: Mitbestimmung über Personaleinsatz, über Leistungsstandards in Unternehmen, über die Frage, wer über das Was, Wie und Wofür der Produktion oder Dienstleistung bestimmt. Die grundsätzliche Frage ist: Wem gehört die Zeit? Die Zeit gehört uns! Holen wir sie uns zurück!

*

Und damit komme ich zu meiner **siebten Irritation** mit dem Motto „erst unsere Jobs“: Wir brauchen nicht irgendwelche Jobs, sondern Arbeit, die mit sozialer Absicherung verknüpft ist – und zwar zuverlässig. Doch auch da stehen die Zeichen auf Verteilungskonflikt. „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“, heißt es aus der Regierung, „wir haben zu lange über unsere Verhältnisse gelebt“. 8,6 Milliarden Euro sollen im Sozialbereich „eingespart“ werden. Tja, ich fürchte, da liegt noch ein Problem mit der Losung: „Erst unsere Jobs – dann Eure Profite“. Was machen wir denn in der jetzigen Situation, wenn Unternehmen lauthals klagen, unsere Arbeitskraft wäre einfach zu teuer – die „Lohnkosten“ wären zu hoch, und besonders die steigenden „Lohnnebenkosten“ könnten sie sich nicht mehr leisten? Man kann das machen, was die Regierung gerade tut: Man kann dafür sorgen, dass die Beiträge zur Sozialversicherung sinken oder wenigstens nicht weiter steigen – diese Bei-

träge werden ja meist zur Hälfte von Unternehmen gezahlt. Konkret heißt das zum Beispiel in der Rentenversicherung: Rentenniveau runter, Rentenalter rauf, und am besten gesetzliche Rente überhaupt „allenfalls noch als Basissicherung“, wie der Bundeskanzler meint.

Man kann die Sache allerdings auch anders sehen: Beiträge zur Sozialversicherung sind keine „Lohnnebenkosten“ – das sind Lohnkosten, sind Kosten für die Reproduktion, also die Wiederherstellung und Bewahrung von Arbeitskraft. Unternehmen nutzen diese Arbeitskraft, sie vernutzen sie auch – und entsprechend müssen sie ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Arbeitskraft auf Dauer erhalten wird! Wären wir also wieder bei der Frage, wie das ist mit den „legitimen“ Profiten, wenn man sich die Alterssicherung anschaut. Da gibt es Unternehmen, zum Beispiel manche Supermärkte, die arbeiten vorwiegend mit „Minijobs“ – also: null Beiträge zur Sozialversicherung, enorme Kostenersparnis. Da gibt es Unternehmen, die stellen gar keine Leute ein, sondern vergeben Aufträge an selbständige Subunternehmer – die fahren dann etwa mit dem eigenen Lieferwagen für einen Logistikkonzern Pakete und Päckchen aus. Also: Kein Arbeitsvertrag – keine Sozialversicherung. Es gibt Unternehmen, die so geringe Löhne und Rentenbeiträge zahlen, dass Beschäftigte nach Jahrzehnten Lohnarbeit von ihrer Rente nicht leben können. Im Jahr 2024 lag die durchschnittliche Altersrente für Männer bei 1.408 Euro, für Frauen bei 955 Euro – im Niedriglohnsektor bekommt man deutlich weniger. Kein Problem, heißt es, es gibt doch neben der gesetzlichen Rente auch noch Betriebsrenten und private Vorsorge. Aber eine betriebliche Altersversorgung hat nur etwa die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, vor allem in Großunternehmen und im öffentlichen Dienst. Und im Jahr 2024 bezog ein Viertel der Beschäftigten ein Bruttoeinkommen von bis zu 3.000 Euro – brutto! Wie soll man davon angesichts steigender Miet-, Lebensmittel- und Energiekosten bitte schön ein Polster für das Alter anlegen? Vor zwanzig Jahren habe ich in England gelebt – in dem Land, wo Margret Thatcher besonders früh eine neoliberale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gegen die Gewerkschaften durchgesetzt hat. Dort habe ich John, den Dachdecker, kennengelernt, der mit Mitte Achtzig (nach lebenslanger Arbeit mit Asbest) kaum noch die Leiter hochkam. Im Supermarkt saßen Frauen in Johns Alter hinter der Kasse, und das Lokalblatt hat einem 90jährigen gratuliert, der sein zwanzigjähriges Dienstjubiläum in einem Gartencenter gefeiert hat. Er hat gesagt, er wolle nun doch bald aufhören, um seinen Lebensabend zu genießen. Das wären dann also in Zukunft „unsere Jobs“. Man kann das „Aktivrente“ nennen – oder: obszöne Altersarmut infolge einer Klassenpolitik von oben, die „ihre Profite“ vermehrt!

*

Jetzt will ich Euch aber doch noch sagen, was mir am Motto für den Ersten Mai 2026 gefällt. Ich finde es absolut richtig, dass darauf hingewiesen wird, dass „wir“ (die Arbeitenden) andere Interessen haben als „Ihr“ (nämlich die Unternehmen). Was für eine Erleichterung, dass endlich mal jemand diese offensichtliche Tatsache ausspricht! Immerhin wird uns seit vielen Jahrzehnten immer wieder die irrwitzige Vorstellung präsentiert, solche Interessengegensätze würden keine Rolle mehr

Plakat zur Veranstaltung mit Nicole Mayer-Ahuja.

spielen. Die Nazis haben die „Volksgemeinschaft“ ausgerufen, für die Unternehmen und Beschäftigte zusammen arbeiten und zusammen Krieg führen sollten. In den 1950er Jahren hieß es, jetzt seien „wir alle“ Teil einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, und alle Parteien müssten als Volksparteien Politik für diese „Mitte“ machen. Und aktuell wird in Sonntagsreden immer wieder der gesellschaftliche Zusammenhalt beschworen – so, als gäbe es gar keine Interessengegensätze, sondern höchstens Interessenskonflikte, die durch ein bisschen guten Willen zu überwinden wären.

Dieses „ganz große Wir“ gibt es aber nicht. Das wissen wir alle, die wir täglich im Betrieb erleben, wie die Konkurrenz um Arbeit zunimmt, wie sie mit Konkurrenz in der Arbeit einhergeht. Und während Friedrich Merz in seiner Neujahrsansprache gleich mehrfach den gesellschaftlichen Zusammenhalt predigt, treibt die Politik der Bundesregierung die Spaltung zwischen Beschäftigten, den Kampf aller gegen alle, immer weiter auf die Spitze. Beispiele gefällig, wie Beschäftigte gegeneinander in Stellung gebracht werden?

- Rentenpolitik: Man kann von der jungen Generation nicht erwarten, die überzogenen Renten der Alten zu bezahlen.
- Gesundheitspolitik: Wir sind ein Volk von Blaumachern, melden uns zu schnell telefonisch krank, müssen durch Karenztage davon abgehalten werden – damit wir nicht auf Kosten unserer Kolleginnen und Kollegen krankfeiern.
- Migrationspolitik: Da wandern Leute in unsere Sozialsysteme ein, und wir bekommen keinen Zahnarzttermin, weil Geflüchtete die Wartezimmer blockieren.
- Bürgergeld: Sozialschmarotzer, die nicht arbeiten wollen, ma-

chen sich einen schönen Lenz auf Kosten der hart arbeitenden Menschen – deshalb brauchen wir eine neue Grund-sicherung, weniger Leistungen, mehr Sanktionen.

Wie praktisch, wenn man die öffentlichen Haushalte sanieren und Unternehmen immer weiter entlasten will: Wer so argumentiert, kann wunderbar davon ablenken, dass junge Leute besonders oft in prekären Jobs sind und Angst haben, im Alter arm zu sein. Sie sprechen der älteren Generation nicht das Recht auf Rente ab – sie haben Angst, dass dieses Recht für sie nicht mehr gilt. Der Aufstand der jungen Herrschaften in der CDU zeigt vor allem eins: Bei der Rente geht es nicht um einen Generationenkonflikt, es geht um einen Klassenkonflikt!

Wer die angeblichen Blaumacher kritisiert, muss nicht zu-geben, dass die Zunahme von Fehlzeiten etwas mit Arbeitsbedingungen zu tun hat, die auf Dauer krank machen. Wer die Hatz auf migrantische Beschäftigte eröffnet oder sogar ihre „Remigration“ fordert, kann sich darüber ausschweigen, für wie viele Jobs wir Leute aus dem Ausland brauchen, weil kein Pflegeheim, kein Logistikzentrum, kein Sicherheitsdienst, kein Schlachthof und kein Spargelfeld ohne migrantische Arbeit auskommt. Und wer den Zorn auf Arbeitslose schürt, kann leichter behaupten, dass das Bürgergeld zu hoch ist – damit niemand sich darüber beschwert, dass die Löhne in den untersten Einkommensgruppen einfach viel zu niedrig sind. Kurz und gut: Diese Politik der Entsolidarisierung, dieses staatlich geförderte Hauen und Stechen lenkt davon ab, dass wir alle, Jung und Alt, Gesunde und Kranke, Einheimische und Zuge-wanderte, Beschäftigte vor und nach der Kündigung Lohnab-hängige sind. Wir leben und arbeiten unter ganz unterschiedlichen Bedingungen, wir konkurrieren permanent miteinander um Jobs, um Aufstieg, um Lebenschancen – aber trotzdem sitzen wir in einem Boot. Als Lohnabhängige, als Beschäftigte haben wir gemeinsame Probleme und gemeinsame Interessen. Und wir haben keine Chance auf gute Arbeit, Arbeit in Würde, Arbeit mit sozialer Absicherung und mit Perspektiven für die Zukunft, solange wir uns gegeneinander ausspielen lassen.

Aber was sollen wir tun? Viele von uns fühlen sich vor allem ohnmächtig. Es gibt keine Alternative, heißt es seit den 1980er Jahren – es gibt nur eine mögliche Politik, und die muss sich eben an die Sachzwänge anpassen. Ich kann verstehen, wenn Beschäftigte sagen, sie wissen nicht mehr, wen sie wählen sollen – weil seit langem niemand mehr eine Politik macht, die Arbeit ins Zentrum stellt und konsequent für die Interessen von uns Arbeitenden eintritt – und zwar gerade dann, wenn wir

sie gegen die Interessen von Unternehmen durchsetzen müssen.

Manche denken, sie hätten jetzt eine Alternative gefunden. Aktuelle Umfragen zeigen: Wer den Eindruck hat, für die eige-ne Leistung nicht angemessen entlohnt zu werden, kaum Mit-sprache bei strategischen Entscheidungen am Arbeitsplatz hat, und nicht mehr stolz sein kann auf die eigene Tätigkeit, macht mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit das Kreuz bei der AfD. Aber rechte Politik – und damit meine ich vor allem, aber nicht nur die AfD – treibt die zersetzende Logik von kapitalis-tischer Konkurrenz auf die Spitze. Sie geht von der Ungleich-heit von Menschen aus, sie treibt den Keil der Spaltung zwi-schen Beschäftigte, und damit sorgt sie dafür, dass das Macht-gefälle zwischen Unternehmen und Arbeitenden immer grö-ßer wird.

Doch es geht auch anders: Was wir brauchen, ist eine soli-darische Politik der Arbeit – eine Politik, die dazu beiträgt, das „Wir“ der Lohnabhängigen zu erweitern, uns auf Augenhöhe zu begegnen, uns auf das zu konzentrieren, was uns verbindet. Suchen wir nach Ansatzpunkten für eine Politik der Solida-risierung, die Spaltung und Konkurrenz überwindet! Nehmen wir den „Kampf um die Köpfe“ auf – auch um die Köpfe von de-nen, die momentan nach rechts gehen und vor allem nach unten treten! Sorgen wir für dafür, dass aus den Möglichkeiten für Solidarisierung, die es trotz allem gibt, tatsächlich Solida-rität wird. Das ist alles andere als einfach, und alles muss man selber machen: Im Betrieb, in der Gewerkschaft – und zwar jeden Tag.

Deshalb ist meine Losung für den Ersten Mai – und zwar gern mit geballter Faust: Schluss mit dem Kampf aller gegen alle – im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt! Kämpfen wir ge-meinsam, als Arbeitende, für Gleichheit, Emanzipation, So-lidarität! Und wie vor 81 Jahren gilt der Schwur von Buchen-wald: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! ■

* [Nicole Mayer-Ahuja ist Professorin für Soziologie an der Uni-versität Göttingen. Sie hielt bei der 1. Mai-Kundgebung des DGB Weinheim die mit sehr viel Beifall bedachte Hauptrede. Nachzulesen sind einige ihrer Argumente in: Nicole Mayer-Ahuja, *Klassengesellschaft akut*, Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann, München (C.H. Beck) 2025. Mehr zum Lesen, Schauen, Hören auf der Webseite www.nicole-mayer-ahuja.de.]

Bildnachweis

Seite 1: *IGBCE OG Weinheim*.
Seite 3: *Solikomitee*.
Seite 5: *Solikomitee*.

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar



V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim